

Dr. Peter Gauweiler, MdB  
Staatsminister a.D.  
Stellv. Parteivorsitzender der CSU

Podiumsdiskussion

***„Bürgerbeteiligung in Europa“***

Wirtschaftswoche

Berlin, am 9. April 2014

*Es gilt das gesprochene Wort*

## Teilnehmer

- Bettina Röhl, Moderatorin  
Tochter von Ulrike Meinhof und Klaus Rainer Röhl  
Journalistin, Wirtschaftswoche
- Vera Lengsfeld  
CDU, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages
- Prof. Bernd Lucke,  
Sprecher der AfD
- Christian Dürr, MdL  
Fraktionsvors. der FDP im Niedersächsischen  
Landtag

## Direkte Demokratie in Europa

An den Menschen vorbei

Die zunehmende Skepsis der Menschen in Europa gegenüber dem europäischen Einigungsprozess erklärt sich auch daraus, dass er weitgehend ohne Beteiligung der Bevölkerung vorangetrieben worden ist.

Um die Menschen für Europa zu gewinnen und ihnen neues Vertrauen in die Europäische Union und in die europäische Idee zu geben, muss der Wille des Volkes in der Europaunion ein neues, demokratisches Gewicht bekommen.

Bundesverfassungsgericht

*„Gemessen an verfassungsstaatlichen Erfordernissen fehlt es der Europäischen Union auch nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon an einem durch gleiche Wahl aller Unionsbürger zustande gekommenen Entscheidungsorgan mit der Fähigkeit zur einheitlichen Repräsentation des Volkswillens“,*

so das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag.

Volksabstimmung Umso notwendiger ist, den Menschen in Europa einen größeren Einfluss auf die europäischen Gesetzgebungsprozesse zu geben.

Die Bürger sollten in einer Volksabstimmung Gehör finden, wenn es darum geht, wesentliche Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen, die Gemeinschaft um weitere Mitglieder zu erweitern oder finanziell belastende Beschlüsse zu fassen.

Akzeptanz durch Mitsprache Auch wenn das bei der EU gefürchtet ist wie einst die Einfälle der Wikinger – die CSU will im Europa-Wahlkampf auch unsere Forderung nach Volksabstimmungen zu zentralen Fragen der Europa-Politik stellen.

Die Menschen werden schwierige europapolitische Entscheidungen nur dann akzeptieren und mittragen, wenn sie sich in einer Volksabstimmung Gehör verschaffen konnten.

Kluft zwischen Volk und Brüssel Die Frage der Volksabstimmungen ist ja nicht unumstritten. Aber in der Sache habe ich keine Angst. Es wird auf Dauer auch nicht ohne sie gehen. Der Spagat zwischen

der Mehrheitsmeinung im Land und der Ansicht einer kleinen politischen Entscheider-Elite darf nicht noch größer werden.

Bundesstaat

Erst recht gilt dies für die grundlegende Entscheidung einer Umwandlung der EU in einen Bundesstaat. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Lissabon-Urteil festgehalten, dass dies nach dem Art. 146 GG „*von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen*“ werden müsse.

## Direkte Demokratie in Deutschland

- Entfremdung überwinden
- Jüngst hat eine Studie des Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vor den Folgen einer sinkenden Wahlbeteiligung für die Demokratie gewarnt. Der wichtigste Grund der wachsenden Distanz liegt in einer schleichenden Entfremdung. Wie aber ließe sich diese gewisse Entfremdung überwinden?
- „Mehr Demokratie wagen“
- Vor Jahrzehnten haben wir uns mit der Forderung von SPD und APO nach einer „*Demokratisierung von Staat und Gesellschaft*“ herumgeschlagen, mit dem „*Mehr Demokratie wagen*“ von Willy Brandts erster Regierungserklärung.
- Auf alle Fahnen schreiben
- Heute müssen wir uns diese Forderung nach „*Mehr Demokratie*“ und mehr Bürgerbeteiligung in Deutschland auf alle unsere Fahnen schreiben, gleich ob sie nun rot, blau, grün, weiß-blau, gelb sind.

- Mehr Bürgerbeteili-  
gung auf allen Ebe-  
nen
- Allen klarsichtigen Parteipolitikern ist bewusst, dass sie große Richtungsentscheide nur gemeinsam mit der Bevölkerung treffen können, und zwar zum frühestmöglichen Zeitpunkt: Wir bräuchten deshalb mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen, die diesen Namen auch verdient.
- Direktwahl Bundes-  
präsident
- Alle unsere Bundespräsidenten haben bisher daraufhingewiesen, dass es eigentlich nicht richtig ist, dass ihr Amt seine Legitimation letztlich nur durch Parteiabsprachen erhält. Wir sollten langsam die demokratische Reife unseres Nachbarlands Österreich erreicht haben, wo der Bundespräsident vom Volk gewählt wird.
- Demokratisierung  
der Parteien
- Auch den Parteien selbst täte mehr Bürgerbeteiligung gut. Nach 50 Jahren muss in der öffentlichen Sache immer etwas neu gemacht werden, sagte Goethe in seinen Gesprächen zu Eckermann. Sonst wird alles unbeweglich und verschildkrötet.
- Heute sind die politischen Parteien eine geschlossene politische Kaste mit eigener Lebensform und eigener Berufstätigkeit.

Die Hälfte der Abgeordneten wird nicht vom Wähler gewählt, sie rücken über Listen ein, welche die Vertreter der Parteien bestimmen.

Unsere Parteiendemokratie könnte direkt demokratische Formen der Kandidatenaufstellung bis hin zur Wahl von Bundespräsidenten und Bundeskanzler zu ihrer Vitalisierung gut gebrauchen.

Kumulieren und  
Panaschieren

Aus unseren guten bayerischen Erfahrungen bei der Kommunalwahl ergibt sich der Vorschlag, dass auch auf Bundesebene ein Kumulieren und Panaschieren die Verhältnisse ein wenig zum Tanzen gebracht werden könnten.



## **Änderung der Bayerischen Verfassung**

Fünf Volksent-  
scheidung

in Bayern fanden letztes Jahr zusammen mit den Landtagswahlen im September 2013 auch fünf Volksentscheidungen statt. Durch einen dieser Volksentscheidungen wurde der Art. 70 der bayerischen Verfassung geändert. Danach kann der bayerische Landtag die Staatsregierung bei der Übertragung von Gesetzgebungszuständigkeiten auf die Europäische Union durch Gesetz binden.

Schutz der Souve-  
ränität

Diese Verfassungsänderung will verhindern, dass Kompetenzen dem Land weggenommen und auf die europäische Ebene übertragen werden. Dies darf nicht am Landesparlament vorbeigehen. Wie die Kompetenzen und die Souveränität des Bundesparlaments sind in der Europäischen Union auch die Kompetenzen der Länderparlamente zu beachten und zu stärken.

Recht auch für das Volk Die Verfassungsänderung soll die Mitwirkungsrechte des Landtags stärken.

Aber auch der Souverän, das Volk soll sich in Dingen, die Europa betreffen, direkt an die Staatsregierung wenden und der Staatsregierung Vorgaben machen können, an die sich diese dann halten muss.

Wir wollen unseren Bürgern ein Instrument an die Hand geben, mit dem sie die Souveränität des Landes und die Demokratie in Bayern und in Europa stärken und verwirklichen können.

## **Bayern – Land der direkten Demokratie**

Das bayerische Volk hat das Wort  
Mit Volksbegehren und Volksentscheid ist Bayern das Bundesland, in dem die Bürger in besonderem Maße an der Gesetzgebung beteiligt sind.

Seit 56 Jahren  
Vor 57 Jahren fand in Bayern das erste Volksbegehren statt. Seither kamen 18 weitere hinzu.

- 4 Volksbegehren waren erfolgreich:
- 1972 das Volksbegehren zum Thema Rundfunkfreiheit;
- 1998 das Volksbegehren über die Zukunft des Senats;
- 1995 das Volksbegehren für mehr direkte Demokratie auf kommunaler Ebene;
- vor 3 Jahren das Volksbegehren zum Thema Nichtraucherschutz.

Neuordnung der Abfallwirtschaft

Anfang der 90er Jahre war ein Volksbegehren zur Neuordnung der Abfallwirtschaft erfolgreich, im Volkssentscheid setzte sich aber der Gesetzesentwurf der Staatsregierung durch.

Flughafen München

Oder:

Vorletztes Jahr haben sich die Bürger Münchens in einem Volksbegehren mehrheitlich gegen eine dritte Start- und Landebahn am Flughafen München ausgesprochen. Die Stadt München, die knapp ein Viertel der Flughafenanteile hält, hat im Aufsichtsrat deshalb den Bau abzulehnen.

Das Volk der Stadt München hat gesprochen, und hierzulande ist der Bürger eben Souverän. Und diese Entscheidung ist deshalb zu respektieren.

## Rede Cameron – Volksabstimmung 2017

Kein europäischer  
Demos

*„Wir brauchen eine größere und bedeutendere Rolle für die nationalen Parlamente. Einen europäischen Demos gibt es meines Erachtens nicht. Vielmehr sind und bleiben die nationalen Parlamente die eigentliche Quelle demokratischer Legitimität und Verantwortlichkeit in der Union ...*

*Zwischen der EU und ihren Bürgern klafft eine Lücke, die in den letzten Jahren dramatisch gewachsen ist, und die in einem Mangel an demokratischer Verantwortlichkeit und Zustimmung besteht.“*

So Premierminister David Cameron am 23. Januar letzten Jahres.

Verfassungsbeschwerden

Ich habe, wie Sie wissen, in den vergangenen Jahren wiederholt Verfassungsbeschwerde gegen europapolitische Gesetze eingelegt.

Das Bundesverfassungsgericht ist diesen Beschwerden in keinem Fall vollumfänglich gefolgt.

Stärkung des Bundestages  
In allen seinen Entscheidungen zu diesen Verfassungsbeschwerden aber hat das Bundesverfassungsgericht die Position des Bundestages in diesem europapolitischen Entscheidungsprozess gestärkt. Das Gericht hat dem Bundestag die Kompetenzen zurückgegeben, deren er sich selbst entäußert hatte.

Notwendigkeit der Volksabstimmung  
So hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe im Jahre 2009 auch den Lissabon-Vertrag gebilligt, dabei aber auch klargestellt, dass das Grundgesetz eine Übertragung von Hoheitsrechten an die EU nur erlaubt, wenn sichergestellt ist, dass die Mitgliedsstaaten souveräne Staaten bleiben und die EU ein Staatenverbund ist und nicht zu einem Bundestaat wird.

Eine darüber hinaus gehende „Integration“, eine derartige „Verfassungsneuschöpfung“ müsste nach Artikel 146 GG „*von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen*“ werden.

„Gefürchtet wie ein Einfall der Wikinger“

Die große Aufregung über Camerons Vorschlag, gegebenenfalls eine Volksabstimmung über den Verbleib des Vereinigten Königreichs durchzuführen, ist es deshalb schon sehr bezeichnend für das Demokratieverständnis und Europabild mancher Kritiker.

*„Sind Volksabstimmungen die neue Geißel Europas – oder ein Heilmittel gegen die Bürgerferne der Europäischen Union? In Brüssel und den europäischen Hauptstädten ist eine Volksabstimmung über europäische Fragen so gefürchtet wie vor 1000 Jahren ein Einfall der Wikinger,“*

so Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 16. Juni 2008. Daran hat sich offensichtlich nichts geändert.

Volksabstimmung 1975

Die Kritik an einer Volksabstimmung ist im Falle des Vereinigten Königreichs besonders abwegig, denn seine Mitgliedschaft wurde von seinen Bürgern entschieden:

Am 05. Juni 1975 haben erstmals in der Geschichte des Landes die Bürger in einer nationalen Volksabstimmung nach den Neuverhandlungen der Vertragsbedingungen

unter Premierminister Harold Wilson dem Verbleib in der EU zugestimmt. 67, 2 % waren dafür, 32, 8 % dagegen.

Es ist deshalb schon erstaunlich, dass diese freie Abstimmung die vermeintlichen Freunde Europas so wütend macht. Aber es ist diese Form der Bevormundung und Besserwisserei, die der europäischen Idee zurzeit einen so unguten Zug verleiht.

Den Schotten folgen

Eine andere Frage ist, was passiert, wenn die Schotten ihre Selbstständigkeit beschließen. Dann werden die Karten ohnehin neu gemischt.

Und wir Bayern werden uns natürlich eingehend beraten, ob wir es nicht den Schotten nachmachen sollten.



## Wahlprogramm der CSU

Schon 2009

Die CSU hat schon in ihrem Wahlprogramm zur Europawahl 2009 „Bayern im Herzen, Europa im Blick“ gefordert, dass die Bürger künftig mitentscheiden sollen:

*„Wir wollen Bürger bei wichtigen Fragen zu Europas Zukunft mit Volksabstimmungen stärker in die Entscheidung einbeziehen. Das soll gelten, wenn wichtige Zuständigkeiten von Mitgliedsstaaten auf Europa übertragen werden oder wenn die Europäische Gemeinschaft um weitere Mitgliedsstaaten erweitert werden soll.“*

Europawahl 2014

Auch in ihrem Programm für die Europawahl 2014 fordert die CSU:

*„Ein demokratischeres Europa  
Europäische Rechtsakte haben einen großen Einfluss auf das Leben der Bürger in Europa. Aus diesem Grund sollten die Menschen in Europa einen möglichst großen Einfluss auf die europäischen Gesetzgebungsprozesse erhalten.“*

*Dazu gehört vor allem, dass die Menschen bei wichtigen Entscheidungen direkt eingebunden werden. Die Bürger sollen in einer Volksabstimmung Gehör finden, wenn es darum geht, wesentliche Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen, die Gemeinschaft um weitere Mitglieder zu erweitern oder Beschlüsse zu fassen, die neue finanzielle Belastungen für den deutschen Steuerzahler nach sich ziehen.*

*Das Vorbild Bayerns zeigt, dass direkte Mitwirkungsmöglichkeiten den politischen Prozess bereichern und größere Akzeptanz für strittige Entscheidungen schaffen können.“*

## Keine Volksabstimmung im Koalitionsvertrag

Kapitel sechs „Starkes Europa“ Die CSU fordert in ihrem Europawahlprogramm, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, über Volksabstimmungen die Entwicklung Europas mit zu gestalten.

Umso mehr ist zu bedauern, dass im Koalitionsvertrag im Kapitel sechs „Starkes Europa“ im Abschnitt „Demokratisches Europa“ eine Forderung nach Volksabstimmungen in Europa nicht verankert werden konnte.

Ursprünglicher Formulierungsvorschlag Im ursprünglichen Formulierungsvorschlag, den Hans-Peter Friedrich (CSU) und Thomas Oppermann (SPD) für den Koalitionsvertrag vereinbart hatten, hieß es noch, *„die im Grundgesetz verankerte parlamentarisch-repräsentative Demokratie“* habe sich zwar *„über sechs Jahrzehnte bewährt“*.

Wegen des zunehmenden Wunsches der Bevölkerung nach stärkerer Beteiligung wolle man den Bürgern aber

mehr Einfluss geben. Das Volk solle „*bei europapolitischen Entscheidungen von besonderer Tragweite direkt befragt werden*“.

Das gelte „*insbesondere für die Aufnahme neuer Mitglied Staaten, wenn wichtige Kompetenzen nach Brüssel abwandern sollen oder wenn es um finanzielle Leistungen Deutschlands auf EU-Ebene geht – dafür wollen wir bundesweite Volksabstimmungen ermöglichen*“.

Vorbehalte gegen Volksabstimmungen

In der CDU hingegen bestehen große Vorbehalte gegen Volksabstimmungen auf Bundesebene. Auf Übernahme des Formulierungsvorschlags in den Koalitionsvertrag wurde deshalb abgesehen.

Verfassungsgeber des Grundgesetzes

Die CDU folgt damit den Entscheidungen des Verfassungsgebers des Grundgesetzes. Das Grundgesetz hat sich in Deutschland für die repräsentative Demokratie entschieden. Danach wählen Bürger ihre Vertreter für eine begrenzte Zeit, welche dann die politischen Entscheidungen treffen.

Weimarer Republik Die Erfahrungen der Weimarer Republik waren für die Verfasser des Grundgesetzes ein wichtiger Grund für ihre Ablehnung von Volksabstimmungen auf Bundesebene.

Ich bin aber der Überzeugung, dass sich in den Jahrzehnten nach 1948 im demokratischen und rechtsstaatlichen System des Grundgesetzes eine demokratische Kultur entwickelt hat, die solche Sorgen entkräftet.

Wolfgang Schäuble Noch im Sommer 2012 hat deshalb auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zu einer Volksabstimmung über reformierte europäische Verträge dem SPIEGEL gesagt:

*„Ich gehe davon aus, dass es schneller kommen könnte, als ich es noch vor wenigen Monaten gedacht hätte“.*

Horst Seehofer Gegenüber der Zeitung „Die Welt“ sagte Horst Seehofer (1912):

*„Wir müssen die Bevölkerung stärker beteiligen. Europa darf kein Projekt der Eliten bleiben...“*

*nur mit mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung  
können wir die Legitimation- und Vertrauenskrise  
gegenüber den europäischen Institutionen über-  
winden ...*

*niemand wird es durchhalten, zu Fragen der  
Volksabstimmung immer nur nein zu sagen“.*

Die Bevölkerung für unfähig zu erklären, sei

*„pure Arroganz“.*

## Volksabstimmungen in anderen Mitgliedsstaaten

In meisten Staaten möglich	In 21 von 27 EU-Staaten sind Volksabstimmungen vorgesehen. So hat es bereits viele Abstimmungen im Zusammenhang mit europäischen Fragen gegeben
Irland und Maastricht	In Irland wurde der Vertrag von Maastricht durch Volksabstimmung ratifiziert.
Dänemark und Euro	<p>In Dänemark muss das Volk abstimmen, wenn im Parlament keine zwei Drittel-Mehrheit erreicht wird.</p> <p>Im September 2000 entschied sich in Dänemark die Mehrheit der Bevölkerung in einer Volksabstimmung gegen die Einführung des Euro.</p>
Beitritte zur EWG	Der Beitritt zur damaligen EWG erfolgte in Großbritannien, Österreich, Finnland und Schweden und in einer Reihe osteuropäischer Staaten über Abstimmungen.
EU-Verfassung	Die EU-Verfassung scheiterte an zwei Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden.

Iren und Fiskalpakt    Zuletzt stimmten die Iren per Referendum dem Fiskalpakt zu.

Cameron                Die britische Regierung hat die Möglichkeit, das Volk zu befragen, zwingend vorgeschrieben ist dies nicht. Für 2015 hat Cameron eine mögliche Volksabstimmung zum Verbleib in der EU angekündigt.



## **Die „Europäische Bürgerinitiative“ (EDI)**

Instrument der politischen Teilhabe

Die Europäische Bürgerinitiative ist ein durch den Vertrag von Lissabon geschlossenes, stark an direktdemokratische Verfahren angelehntes Instrument der politischen Teilhabe in der Europäischen Union.

Durch diese können die Unionsbürger bewirken, dass sich die europäische Kommission mit einem bestimmten Thema befasst.

Hohe Anforderungen

Die Anforderungen sind hoch:  
Zur Annahme der Initiative müssen

- in zwölf Monaten
- insgesamt 1 Million gültige Unterstützungsbekundungen
- in einem Viertel aller EU-Mitgliedsstaaten gesammelt werden.

Begrenzte Ziele

Die Ziele der Initiativen sind begrenzt:

- keine Vertragsreform
- kein Beitritt neuer EU-Mitgliedsstaaten
- keine Neuverteilung der politischen Kompetenzen innerhalb der EU.

**Begrenzte Wirkung** Die Bürgerinitiative wendet sich nicht an das Europäische Parlament, sondern an die EU-Kommission, was für direktdemokratische Verfahren äußerst ungewöhnlich ist.

Die Kommission behandelt die Bürgerinitiative wie eine Petition. Sie muss sich mit einer erfolgreich zustande gekommenen Bürgerinitiative lediglich beschäftigen und eine Stellungnahme zu ihr abzugeben.

Die Bürgerinitiative kann aber keinerlei Handlungspflichten der Kommission begründen.

**Bisherige Erfahrungen** Seit der Einführung der Europäischen Bürgerinitiative wurden 45 Initiativen begonnen.

- Davon sind 28, also 62 %, gescheitert
- Eine Initiative wird von der Kommission noch behandelt („One of Us“ – „EINER VON UNS“)

- Eine Initiative („Right2Water“) ist positiv abgeschlossen
- Die übrigen Initiativen laufen noch.

**„Right2Water“**

Erste erfolgreiche Initiative

Diese Bürgerinitiative ist die erste erfolgreiche europäische Bürgerinitiative. Die Kommission hat Ihr Anliegen aufgenommen und unterstützt.

Keine Liberalisierung der Wasserversorgung

Ziel der Bürgerinitiative war zu verhindern, dass die Versorgung mit Trinkwasser sowie die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung allgemeinen nicht einer Pflicht zur Liberalisierung unterworfen wird, so dass öffentliche Versorgungsstrukturen erhalten bleiben können.

**„One of Us“ – „EINER VON UNS“)**

Öffentliche Anhörung  
Zu dieser Initiative findet morgen, am 10.4.2014, eine öffentliche Anhörung im europäischen Parlament in Brüssel statt. Die Initiative hat alle Voraussetzungen erfüllt und wurde vom von der Kommission angenommen.

Schutz des Embryos  
Die Europäische Bürgerinitiative EINER VON UNS fordert einen umfassenden Schutz des Embryos ab dem Moment der Befruchtung und folgt damit dem entsprechenden Grundsatz Urteil des europäischen Gerichtshofs.

Estrela-Bericht  
Als sich der Erfolg der Unterschriftensammlung EINER VON UNS abzeichnete, wurde Anfang 2013 ein Bericht „Grundrecht auf Abtreibung“ initiiert, der die Initiative EINER VON UNS politisch neutralisieren sollte.

Dieser Bericht, vertreten später von der portugiesischen Sozialistin Estrela, forderte neben einem Grundrecht auf

Abtreibung auch die Förderung von Abtreibung, insbesondere im Rahmen der Entwicklungshilfe, als Form der Bevölkerungspolitik

.

Nach äußerst kontroverser Debatte wurde im Herbst 2013 der Estrela-Bericht im Europäischen Parlament mit knapper Mehrheit abgelehnt. Ein Versuch, ihn ein zweites Mal zur Abstimmung zu ringen, wurde von der EU-Kommission mit dem Hinweis unterbunden, dass die EU nicht für Fragen der Abtreibung zuständig sei.

Dr. Peter Gauweiler, MdB, Staatsminister a.D., stellv. Parteivorsitzender der CSU  
Podiumsdiskussion „Bürgerbeteiligung in Europa“  
Wirtschaftswoche  
Berlin, am 9. April 2014

---

<b>Teilnehmer .....</b>	<b>1</b>
<b>Direkte Demokratie in Europa .....</b>	<b>2</b>
An den Menschen vorbei.....	2
Bundesverfassungsgericht .....	2
Volksabstimmung .....	3
Akzeptanz durch Mitsprache .....	3
Kluft zwischen Volk und Brüssel.....	3
Bundesstaat .....	4
<b>Direkte Demokratie in Deutschland .....</b>	<b>5</b>
Entfremdung überwinden .....	5
„Mehr Demokratie wagen“ .....	5
Auf alle Fahnen schreiben.....	5
Mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen.....	6
Direktwahl Bundespräsident.....	6
Demokratisierung der Parteien .....	6
Kumulieren und Panaschieren.....	7
<b>Änderung der Bayerischen Verfassung.....</b>	<b>8</b>
Fünf Volksentscheide .....	8
Schutz der Souveränität .....	8
Recht auch für das Volk .....	9
<b>Bayern – Land der direkten Demokratie .....</b>	<b>10</b>
Das bayerische Volk hat das Wort.....	10
Seit 56 Jahren .....	10
Neuordnung der Abfallwirtschaft.....	11
Flughafen München.....	11
<b>Rede Cameron – Volksabstimmung 2017.....</b>	<b>12</b>
Kein europäischer Demos .....	12
Verfassungsbeschwerden .....	12
Stärkung des Bundestages .....	13
Notwendigkeit der Volksabstimmung.....	13
„Gefürchtet wie ein Einfall der Wikinger“.....	14
Volksabstimmung 1975 .....	14
Den Schotten folgen.....	15
<b>Wahlprogramm der CSU .....</b>	<b>16</b>
Schon 2009 .....	16
Europawahl 2014 .....	16
<b>Keine Volksabstimmung im Koalitionsvertrag.....</b>	<b>18</b>
Kapitel sechs „Starkes Europa“ .....	18
Ursprünglicher Formulierungsvorschlag .....	18
Vorbehalte gegen Volksabstimmungen .....	19
Verfassungsgeber des Grundgesetzes.....	19
Weimarer Republik.....	20
Wolfgang Schäuble .....	20
Horst Seehofer .....	20

<b>Volksabstimmungen in anderen Mitgliedsstaaten</b> .....	<b>22</b>
In meisten Staaten möglich .....	22
Irland und Maastricht .....	22
Dänemark und Euro .....	22
Beitritte zur EWG.....	22
EU-Verfassung.....	22
Cameron .....	23
<b>Die „Europäische Bürgerinitiative“ (EDI).....</b>	<b>24</b>
Instrument der politischen Teilhabe .....	24
Hohe Anforderungen .....	24
Begrenzte Ziele .....	24
Begrenzte Wirkung.....	25
Bisherige Erfahrungen.....	25
<b>„Right2Water“ .....</b>	<b>27</b>
Erste erfolgreiche Initiative .....	27
Keine Liberalisierung der Wasserversorgung .....	27
<b>„One of Us“ – „EINER VON UNS“) .....</b>	<b>28</b>
Öffentliche Anhörung.....	28
Schutz des Embryos .....	28
Estrela-Bericht.....	28